

Sitzungsvorlage

Gemeinderat



Fortführung des Klimaschutzes im GVV-Gullen

Datum: 23.03.2021
Status: öffentlich
Erstellt.: Holger Lehr,
Bürgermeister
Az: 022.321
Nr.: 13/2021

Sachverhalt:



Mitgliedsgemeinden:

Bodnegg, Grünkraut,
Schlier, Waldburg

Tobias Aberle

AZ.: 794.10

Grünkraut-Gullen, den 11.03.2021

Vorlage Sitzung Gemeinderat

Beschluss über die zukünftige Ausrichtung des Klimaschutzes im GVV-Gullen

Der Klimaschutz gewinnt schon seit Jahren immer mehr an Bedeutung. Dies ist auch gut daran zu erkennen, dass neue Gesetze geschaffen und seit Ende 2020 in Kraft getreten sind.

Dieses Thema ist aus dem Aufgabenkatalog der Gemeinden nicht mehr wegzudenken.

Durch die gesetzlichen Regelungen werden die Gemeinden nahezu gezwungen, sich mit dem Klimaschutz intensiv zu befassen.

Nach Einschätzung der KEA werden die gesetzlichen Anforderungen einen Stellumfang von 40 – 50 % im Gemeindeverwaltungsverband Gullen einnehmen.

Der GVV-Gullen mit seinen vier Gemeinden hat 2015 eine Vorreiterrolle im Klimaschutzmanagement eingenommen. Als einer der ersten Gemeindeverwaltungsverbände hatte der GVV ein Klimaschutzkonzept, sowie eine eigenständige Stelle für das Klimaschutzmanagement geschaffen.

Die Stelle wurde in den ersten drei Jahren mit einem Förderumfang von 65 % im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative finanziert und am 14.03.2016 mit Frau Corinna Tonoli besetzt.

Der Arbeitsvertrag wurde entsprechend der Förderzusage bis zum 13.03.2019 befristet.

Aufgrund ihrer Schwangerschaft wurde für die Elternzeitvertretung am 04.02.2018 Herr Gerald Swoboda eingestellt.

Am 07.05.2018 wurde von der Verbandsversammlung der Beschluss gefasst, das Klimaschutzkonzept fortzuschreiben und einen weiteren Antrag auf Fördermittel des Bundes zu stellen (im Anschlussvorhaben mit einer Ausschüttung von 40% für zwei Jahre). Die Stelle wurde

nach der Kündigung von Frau Tonoli mit Herrn Mißbach für den Förderzeitraum vom 01.05.2019 – 30.04.2021 befristet besetzt.

Um die Bundesmittel der Förderung zu erhalten war es Voraussetzung, ein ergänzendes zusätzliches Klimaschutzkonzept zu schaffen, welches durch Herrn Swoboda und Frau Tonoli erstellt wurde.

Dieser Maßnahmenkatalog ist der vorgegebene Leitfaden des Fördergeldgebers und muss durch kontinuierliche Berichterstattung über die begonnenen und fertiggestellten Meilensteine an das PTJ belegt werden. Darüber hinaus muss der Klimaschutzmanager (KSM) viel Zeit dafür verwenden, in kleinteiligen Abrechnungsmodalitäten die Fördergelder abzurufen und zu begründen.

Das hatte zur Folge, dass der KSM in seiner Tätigkeit eingeschränkt wurde und nicht frei bzw. in der gewünschten Tiefe agieren konnte. Darüber hinaus galt es nach den Förderrichtlinien möglichst viele Themen zu bearbeiten, was dazu geführt hat, dass diese Themen wiederum oft nur oberflächlich bearbeitet werden konnten. Letztlich hat es auch an klaren Vorgaben und Rahmenbedingungen gefehlt, was dazu geführt hat, dass von vielen Seiten und vielen Gruppierungen Aufgaben und Ideen an den Klimaschutzmanager herangetragen wurden und er zu deren Erledigung gedrängt wurde, was ihn wiederum an der Erfüllung anderer Aufgaben gehindert hat.

Durch diese Rahmenbedingungen war es zudem zeitlich nicht möglich, dass er eine konstruktive Struktur aufbauen konnte.

Die Folge war, dass der Klimaschutz in den Gemeinden nicht in dem Umfang wahrgenommen wurde, wie sie sich dies erhofft hatten, weshalb in der Verbandsversammlung vom 22.06.2020 entschieden wurde, dass der Klimaschutz im Gemeindeverwaltungsverband Gullen auf neue Füße gestellt werden soll.

Hierzu fand nun am 09.03.2021 eine Klausurtagung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen statt, bei der das Thema ausgiebig in allen möglichen Varianten diskutiert wurde.

Ziel der Klausurtagung war, eine Beschlussempfehlung für die Gemeinderäte der Verbandsgemeinden zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage soll in den Gemeinderäten das Thema behandelt werden um eine Beschlussanweisung/-empfehlung für die Mitglieder der Verbandsversammlung zum dortigen Beschluss ergehen.

Zur weiteren Information verweisen wir auf den Vortrag in der Klausurtagung unseres Klimaschutzmanagers Herrn Mißbach.

Ausgangsbasis waren folgende Überlegungen:

- Schaffung einer von Förderprojekten unabhängigen Stelle, ohne dass Projektvorgaben und Förderrichtlinien die Aufgaben und Tätigkeiten einschränken. Die Gemeinden haben hierbei alle Freiheiten, die Inhalte des Klimaschutzkonzeptes auszuwählen, zu priorisieren oder auch weitere Themen in den Vordergrund zu rücken.
- Bewerbung um eine Förderung im Rahmen des Landesprogramms Klimaschutz-Plus 2021 bei dem die Kommunalverwaltungen bis zum Jahr 2040 Klimaneutralität erreichen sollen. Gefördert werden hierbei die Personalkosten mit 65 % einer Vollzeitstelle über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, bei der die kommunalen Liegenschaften, der Fuhrpark sowie ggf. die Wasserversorgung und Kläranlagen im Fokus stehen. Eine Bearbeitung anderer Themen ist während des Förderzeitraums nicht vorgesehen. D.h. Themen mit entsprechender Öffentlichkeitswirkung etc. finden auf dieser Grundlage nahezu nicht statt. Ebenso wenig Projekte, die die Bürgerschaft einschließen. Im Rahmen dieser Stelle können jedoch auch die gesetzlichen Klimaschutzanforderungen erfüllt werden.

Folgende Ergebnisse haben sich in der Klausurtagung ergeben:

Es ist (mehrheitlich) unstrittig, dass der Klimaschutz als Aufgabe des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen fortgeführt werden muss.

Für diese Fortführung wurden mehrere Alternativen erarbeitet.

Variante 1:

Schaffung einer 100 %-Stelle mit einer Förderung von 65 % und zusätzlich einer ungeforderten Stelle mit einem Beschäftigungsumfang von 50 %. Hieraus ergeben sich 1,5 Stellen die mit 85 % durch die Gemeinden finanziert werden müssen.

Variante 2:

Schaffung einer 100 %-Stelle die jedoch nur zu einem Umfang von 50 – 60 % gefördert werden soll um den Anteil zu erhöhen, der nicht an die Fördervorgaben gebunden ist und freies Agieren ermöglicht.

Variante 3:

Schaffung einer 100 % Stelle die komplett durch die Gemeinden finanziert wird und komplett frei von Fördervorgaben ist.

Den größten Zuspruch in der Klausurtagung erhielt die Variante 1, da hierbei „am meisten für das eingesetzte Geld“ zu erwarten ist.

Wir bitten nun die Gemeinderäte der Verbandsgemeinden um Beschluss, ob der Variante 1 zugestimmt werden kann. Alternativ bitten wir um Beschluss einer der weiteren Varianten.

Da in der Verbandsversammlung ein Mehrheitsbeschluss erforderlich ist, bei dem die Gemeinden intern einheitlich abzustimmen haben, sollte sichergestellt werden, dass am Ende ein umsetzbarer Beschluss zustande kommt, auf dessen Grundlage eine Stellenausschreibung erfolgen und ggf. ein Förderantrag gestellt werden kann.

Insofern bitten wir um Erteilung einer Ermächtigung der Mitglieder der Verbandsversammlung letztlich einen mehrheitsfähigen Beschluss herbeizuführen, um dem Grundauftrag zur Fortführung des Klimaschutzmanagements in entsprechender Form nachkommen zu können.

Herr Mißbach wird in der Sitzung anwesend sein und die Präsentation vortragen.

Finanzierung:

Es wird von einer Eingruppierung in der Entgeltgruppe 11 TVÖD ausgegangen. An reinen Personalkosten werden ca. 65.000 – 70.000 € / Jahr angesetzt für eine nicht geförderte 100 % Stelle. Je nach Variante (siehe oben) werden 65 % der Stellenanteile gefördert. Der dann noch von den Gemeinden zu finanzierende restliche Anteil wird über den Umlageschlüssel auf alle 4 Verbandsgemeinden verteilt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Grünkraut stimmt der Variante 1 zu und beauftragt die gemeindlichen Vertreter der Verbandsversammlung zum entsprechenden Beschluss.
2. Alternativ zu Ziffer 1: Der Gemeinderat der Gemeinde Grünkraut spricht sich für die Variante X aus und beauftragt die gemeindlichen Vertreter der Verbandsversammlung zum entsprechenden Beschluss.



3. Der Gemeinderat der Gemeinde Grünkraut legt folgende Priorisierung der 3 o.g. Varianten fest:
...
4. Der Gemeinderat der Gemeinde Grünkraut ermächtigt die gemeindlichen Vertreter der Verbandsversammlung darüber hinaus letztlich einen mehrheitsfähigen Beschluss zur Fortführung des Klimaschutzes im Gemeindeverwaltungsverband Gullen herbeizuführen.